

Kampf gegen Bildungskürzungen

Seit Jahren kürzen die etablierten Parteien bei der Bildung. Die Schulautonomie ist die neueste „Reform“ und bringt zahlreiche Verschlechterungen. Auch wenn sich vor den Neuwahlen keiner der Regierenden bewegt, ist das Mogelpaket noch nicht vom Tisch. Bessere Bildung gibt's nicht durch Kürzungen – sondern durch echte Demokratie und ausreichend Geld. **Seite 2**

Wie geht's weiter in Frankreich?

Frankreichs neuer Präsident Macron wird von Eliten und Medien gefeiert. Gleichzeitig kündigt er brutale Kürzungsmaßnahmen an. Welche Perspektiven gibt es für den Widerstand? Welche Rolle kann dabei Melenchons neue Bewegung spielen? Und ist Le Pen wirklich geschlagen? Leïla Messaoudi von Gauche Révolutionnaire (CWI Frankreich) berichtet. **Seite 12**

Schwerpunkt

Immer mehr Tote durch Terror – trotz (oder wegen?) verstärkter Überwachung und Repression. Wie sehen sozialistische Antworten auf Terror und Unsicherheit aus? **Seiten 7–10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 259 | 06.17

Für eine linke Alternative zu Kurz, Kern und Strache!

Zur Zeit gehen alle MeinungsforscherInnen von einem "Kanzler-Dreikampf" Kurz, Kern und Strache aus. Der ÖVP-Vorschlag, auch in Österreich Hartz IV einzuführen, zeigt, wohin die Reise gehen soll: Mehr Angriffe auf Sozialleistungen, mehr Schikanen gegen Arbeitslose und mehr Abschiebungen. Das heißt auch: noch mehr Menschen – egal ob ÖsterreicherInnen oder MigrantInnen – werden gezwungen sein, um noch weniger Geld noch mehr zu arbeiten. Schließlich steht auch der 12-Studenten am

gen, dass das ganze Gerede von der "sozialen Heimatpartei" nur Propaganda ist. Die SPÖ will sich die Option mit der FPÖ trotzdem offen halten. Wer SPÖ wählt, wählt womöglich eine rot-blaue Regierung. Das "kleinere Übel" ist also bei dieser Wahl erst recht keine Möglichkeit. Stattdessen muss der Wahlkampf für sozialen, antirassistischen und antisexistischen Widerstand genutzt werden. Anknüpfungspunkte gibt es dafür viele. In Kärnten erkämpften die LandeskrankepflegerInnen erfolgreich mehr Gehalt.



Für Widerstand gegen die Politik der Reichen – auf der Straße und am Stimmzettel!

Plan von SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Am Weg zur Kanzlerschaft gibt sich die FPÖ ein neues Wirtschaftsprogramm, um den UnternehmerInnen zu

Bewegungen in der Pflege gab und gibt es einige, z.B. "Carevolution" in Wien. Immer wieder gibt es große Demos gegen die Abschiebepolitik. In Graz sind Tausende gegen das Murkraftwerk

aktiv geworden. Initiativen wie "System Change not Climate Change" sind Vorboten einer neuen Umweltbewegung. Eine neue Frauenbewegung formiert sich bereits – viele Forderungen des neuen Frauenvolksbegehrens können Kämpfe anstoßen. Die linke Sammelbewegung "Aufbruch", die Entwicklungen um die Jungen Grünen und die Erfolge der

KPÖ-Steiermark zeigen, dass es Potential für eine linke Kraft gibt. Eine linke Alternative am Stimmzettel ist notwendig. Sie kann ein Motor für neuen Widerstand sein. Vor einem Jahr brachte "Aufbruch" mehr als 1000 Leute auf eine Konferenz – darauf können wir aufbauen, und eine gemeinsame linke Kandidatur versuchen.

Michael Gehmacher

Die SLP meint:

- Organisieren wir gemeinsam eine linke AktivistInnenkonferenz und loten die Möglichkeiten aus!
- Eine linke Alternative auf der Straße, in der Schule im Betrieb und am Stimmzettel ist möglich!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch HC Strache hat sich eine Brille zugelegt, das soll ihn seriöser machen. Die FPÖ verpasst sich ein neues Wirtschaftsprogramm, das soll sie regierungsfähig machen. Was bisher über das Programm bekannt ist, bietet wenig Neues: Steuerentlastung für Unternehmen, Schwächung der Arbeiterkammer und das Ganze mit Rassismus garniert. Finanziert sollen die Goodies für die KapitalistInnen (aus deren Kreisen das Papier ja stammt) durch Kürzungen bei Staatsausgaben, konkret werden hier Verkehr (ÖBB) und Gesundheit (Spitalswesen) genannt. Also durch Maßnahmen, die alle jene treffen, die eben keine KapitalistInnen oder Superreiche sind. Das „neue“ Wirtschaftsprogramm ist also nur eine Fortsetzung der bisherigen FPÖ-Politik.

Das Programm ist im doppelten Sinn ein Spagat: einerseits zwischen der Rhetorik für „die klei-

Der Spagat der FPÖ

nen Leute“ und der Politik für die Reichen. Andererseits aber auch zwischen den Interessen des kleineren österreichischen Kapitals und internationalen bzw. international agierenden Unternehmen. Den Widerspruch zwischen protektionistischen Maßnahmen und dem Zugang zum europäischen bzw. Weltmarkt kann die FPÖ ebenso wenig lösen wie jenen zwischen den Interessen der „kleinen Leute“ und jenen des Kapitals. Wird die FPÖ also wie 2005 an diesen Widersprüchen zerbrechen? Insbesondere da die wirtschaftliche Lage heute weit schwieriger ist, also der soziale Kahlschlag weit brutaler wird? Sich zurückzulehnen und auf das Zerreißen der FPÖ zu hoffen, wird nicht funktionieren. 1) Weil die FPÖ auch dazugelernt hat, 2) weil sie viel Schaden anrichtet, wenn sie an der Macht ist und 3) weil die FPÖ die damalige Krise innerhalb weniger Jahre überwunden hatte. Rechtsextremismus UND neoliberale Politik gehören gemeinsam bekämpft – und eine sozialistische Alternative aufgebaut, damit niemand mehr die FPÖ wählt, damit sich „was ändert“.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenhaingasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**Kürzungspaket „Schulautonomie“**

Die „Schulautonomie“: eine Reform, die Schulen selbstständig macht, Budgetprobleme löst und auch sonst nur Verbes-

Kürzungen des Ministeriums umgesetzt werden. Aber ihr wird auch die Verantwortung angehängt.

Familien mit mehr Geld ihren Kindern Privatschulen und teure Nachhilfe bezahlen können, schauen Kinder aus ärmeren Familien durch die Finger. Immer mehr Jugendliche haben schlecht bezahlte Jobs.

Und auch wenn sich die etablierten Parteien angesichts der Neuwahlen noch nicht bewegen – man könnte ja Stimmen verlieren – ist das Paket noch nicht vom Tisch. Spätestens nach den Wahlen wird diese Reform zurückkommen, erfahrungsgemäß weiter verschärft. Um dies zu verhindern, müssen wir uns organisieren. Eine breite Bewegung kann diese & kommende Kürzungen zurückschlagen und echte Verbesserungen in der Bildung erkämpfen.

Moritz Bauer

Bessere Bildung gibt's nicht durch Kürzungen – sondern durch ausreichend Geld.

serungen bringt – zumindest, wenn man der Hochglanzbroschüre des Ministeriums glaubt. Bei genauerer Betrachtung merkt man jedoch, was dahintersteckt: ein Sparpaket.

Die „Autonomie“ beschränkt sich im Wesentlichen darauf, den Sparzwang an Schulen abzugeben. Was die Schulleitung entscheiden darf, ist, wo

Hinter dem Schlagwort „Kostenneutralität“ verstecken sich Kürzungen. Das Geld für wirkliche Bildung in der Klasse schrumpft. Für die Finanzierung wird die Klassen-schülerInnenhöchstzahl aufgehoben – was zu Überfüllung führt.

Durch Einsparung sinkt die Unterrichtsqualität. Dadurch kommt es zu Zweiklassen-Bildung. Während

Erste Proteste gegen das Autonomiepaket in Salzburg

In Salzburg organisierten SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gemeinsam Proteste gegen die Schulautonomie. Rund 1000 Menschen gingen auf die Straße. Auch die SLP beteiligte sich solidarisch an der Organisation und der Demonstration. In einem Sternmarsch ging es von den verschiedenen Schulen der Stadt zur Staatsbrücke, diese wurde für rund 20 Minuten blockiert. Anschließend ging es weiter zum Residenz-

platz, um dessen Brunnen sich die Demo sinnbildlich für die Bildungspolitik in Österreich im Kreis drehte. In kämpferischen Reden wurde betont, wie wichtig die weitere Organisation ist, auch über die Grenzen des Bundeslandes hinaus. In anschließenden Aktionstreffen wurde beschlossen, sich in Form von Komitees an den Schulen zu organisieren, um weitere Aktionen gegen diese Kürzung zu planen.

**Was bedeutet echte Demokratie in der Bildung?**

Die Demokratisierung der Bildung wird immer wieder gefordert, doch wie kann ein demokratischer Aufbau aussehen? Wichtig ist es, die wahren Bildungsexperten einzubinden: SchülerInnen, LehrerInnen sowie Unterstützungspersonal (sprich SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, usw.). Diese kennen sich mit den Problemen in der Bildung aus und wissen am besten, wie diese gelöst werden können, im Gegensatz

zu irgendwelchen selbsternannten „ExpertInnen“. Weiters muss genügend Geld zur Verfügung gestellt werden, um echte Verbesserungen zu finanzieren. Dieses Geld ist zur Genüge da, es müsste nur für wichtige Bereiche ausgegeben werden, anstatt für Bankenrettung, Ausrüstung von Polizei & Militär und Überwachung. Mit diesen Maßnahmen könnte eine leistbare und gute Bildung für alle umgesetzt werden.



Ein Jahr Christian Kern

Vor einem Jahr versuchte die SPÖ, uns Christian Kern als Mann der Erneuerung zu präsentieren. Bei der Bevölkerung kam

neu zu denken heißt, ein Bündnis mit jenen zu suchen, die Arbeit schaffen und geben.“, meinte Kern zum „Profil“. Die Kern-

Regierungsprogramm an Unternehmen, wie die Arbeitszeitflexibilisierung, oder die Lohnnebenkostensenkung stan-

die Kürzung von Sozialleistungen für MigrantenInnen und ein Vollverschleierungsverbot im öffentlichen Raum.

Die „neue“ SPÖ: Politik für Banken und Konzerne, Obergrenzen und Massenabschiebungen.

diese Scharade nie wirklich an. Umfragen zwischen 20 und 28 Prozent und die Möglichkeit, bei den Neuwahlen nur drittstärkste Kraft zu werden, zeigen, dass die SPÖ ihre Glaubhaftigkeit bei den überwiegenden Teilen der ArbeiterInnenklasse verspielt hat. Dass die Partei unter Manager Kern ihre arbeiterfeindliche Politik weiter treiben würde, war sofort zu erkennen: "Sozialdemokratie

SPÖ gibt sich als Partei des „Mittelstands“ – ein Begriff, mit dem Politik für UnternehmerInnen und Reiche gerechtfertigt wird. Undemokratisch ins Amt gehievt, begann Kern gleich mit der Umsetzung des Wunschzettels von Wirtschaftskammer & Co.

Von echtem Widerstand in der Partei ist keine Spur zu sehen. Von der ÖVP bekannte Geschenke im

den bereits in Kerns Plan A ganz hoch im Kurs. Für ArbeiterInnen bedeutet die Politik der SPÖ zusätzliche Belastung und längere Arbeitszeiten am Arbeitsplatz und die Kürzung von Sozialleistungen. Auch an die FPÖ nähert sich die SPÖ immer mehr an. Zum einen betreibt die SPÖ unter Kern selbst eine zutiefst rassistische Politik bestehend aus vermehrten Abschiebungen, Zwangsarbeit,

Zum anderen schießt die SPÖ immer mehr auf eine Regierungsbeteiligung mit den Blauen. Kern selbst bezeichnete eine Diskussion mit Strache als „amikales Gespräch“. Kärntens SPÖ Landeshauptmann Peter Kaiser forderte nun sogar, sich vom „Nein zu FPÖ als Dogma“ zu lösen. Gegen diese Politik der SPÖ muss eine linke Kraft, die gemeinsam mit Beschäftigten, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten für Verbesserungen kämpft, aufgebaut werden.

Lukas Kastner

Hinter der glänzenden Fassade: Die wahre Politik Kerns

Die Senkung der Lohnnebenkosten für UnternehmerInnen ist ein alter Hut von ÖVP und Wirtschaftskammer (WKO). Deren Beiträge zu Gesundheits- und Sozialversicherung, sowie zum Familienlastenausgleichsfonds (zuständig für Familienbeihilfe) wurden halbiert. Das von ArbeiterInnen erwirtschaftete Geld wird diesen jetzt bei den Kindern, im Krankheitsfall, während der Arbeitslosigkeit oder bei der Pension fehlen.

Auch die lang ersehnte Forderung von ÖVP und WKO nach einem 12-Stundentag sollte unter der Regierung Kern umgesetzt werden. Bereits im Plan A wurde sie aufgegriffen, um im Regierungsprogramm letztendlich beschlossen zu werden. Für ArbeiterInnen würde die Umsetzung den Verlust von Überstundenzuschlägen und eine noch weitere geistige und körperliche Belastung (inkl. erhöhter Unfallgefahr) bedeuten.

Die Zumutbarkeitsbestimmungen, nach welchen Arbeitslose mit kleinen Kindern einen Job annehmen müssen, wurden von 16h auf 20h Arbeitszeit erhöht. Vor allem für Frauen steigt dadurch die Gefahr, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe zu verlieren. Arbeitslose über 50 sollen dazu gezwungen werden, in vermeintlich gemeinnützigen Unternehmen für ein Taschengeld zu arbeiten.

Flüchtlinge sollen zur unbezahlten Zwangsarbeit für ein Jahr verdonnert werden. Sonst werden Sozialleistungen in existenzbedrohendem Ausmaß gekürzt. Mit der Absichtserklärung, die Zuwanderung massiv zu begrenzen und die Grenzüberwachung zu verschärfen, erfüllt Kern zentrale Forderungen der FPÖ. Ebenso gilt dies für das Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst.

Der rechte Rand

Der Fall Franco A., deutscher Bundeswehr-Offizier und Rechtsextremist, machte europaweit Schlagzeilen. A. führte ein Doppelleben als „syrischer Flüchtling“, wobei er offenbar Terroranschläge plante und die Verantwortung dafür Flüchtlingen unterschieben wollte. Dass rechtsextreme Tendenzen und Netzwerke beim Militär keine Seltenheit darstellen, zeigt sich auch im österreichischen Bundesheer. Bis 2008 nahm das Bundesheer offiziell an den Gedenkfeiern von HeimkehrerInnen teil. Weitere TeilnehmerInnen waren hierbei auch Rechtsextreme, Neonazis und ehemalige Angehörige der Waffen-SS. Es überrascht daher auch nicht, dass im Bundesheer unter den BerufssoldatInnen die FPÖ deutlich überrepräsentiert ist, dies zeigen auch die Personalvertretungswahlen. Ebenso betrifft dies das Heeresabwehramt: Ein Beamter beteiligte sich an zwei rechtsextremistischen Aktionen der Identitären Bewegung in Graz. Hierbei wurde die Parteizentrale der Grünen besetzt und eine Moschee mit Schweineköpfen geschändet. Rechte Tendenzen weist auch das Militärgymnasium in Wiener Neustadt auf. Unter den wehrpolitischen Vereinen, deren Mitglieder die Infrastruktur des Militärs (bspw. für Schießübungen) verwenden dürfen, gibt es auch Verbindungen zu den Identitären. Der Obmann eines solchen Vereins verglich „Muslime mit Nationalsozialisten“ und befand die Jahre „1933 bis 1939“ als die „erfolgreichsten und für die deutsche Seele schönsten Jahre ihrer Geschichte“. Im österreichischen Bundesheer wird undemokratische Hierarchie und eine bestimmte Form der Männlichkeit kultiviert – und eine Nähe zum Rechtsextremismus.

Alois Hofer

Ende April gaben Millionen BrasilianerInnen eine deutliche Antwort auf die Frage, wie man auf neoliberale Kürzungspolitik reagiert. Präsident Michel Temer plant eine Pensions- und Arbeitsmarktreform, die eine enorme Verschlechterung für die lohnabhängige Bevölkerung bedeutet. Mit einer Massenbewegung, in der sämtliche Gewerkschaften zu einem 24 stündigen Generalstreik aufrufen, legten 35-40 Millionen BrasilianerInnen am 28.4. die Arbeit nieder. Bei Demonstrationen waren Hunderttausende im ganzen Land auf den Straßen. Sogar die Kirche unterstützte die Proteste und die

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

„MTST“, die Bewegung der Landlosen, war aktiver Teil der Proteste. Aus der Bevölkerung heraus haben sich Komitees gebildet, die die Organisation der Proteste mitgetragen haben. Die Lage bleibt extrem angespannt. Zuletzt wurde sogar ein Ministerium in Brand gesteckt. Temer steckt mitten in einem Korruptionsskandal und stützt sich immer mehr auf das Militär, um seine Macht zu sichern. LSR (die Schwesternorganisation der SLP) schlägt als weiteren Schritt einen 48 stündigen Generalstreik vor. Das Land kann sich in Richtung einer vorrevolutionären Situation entwickeln. Die gebildeten Komitees müssen jetzt vernetzt agieren und Machtstrukturen aufbauen. In dieser Situation kann der Kampf gegen die Reformen schnell in einen Kampf um die Macht umschlagen. Diese kann die ArbeiterInnenklasse nur erringen und halten, wenn sie gut organisiert auftritt.



Widerstand statt Dampfablassen

Ende April fand in Wien eine Protest-Informations-Veranstaltung der Gewerkschaft Öffent-

organisieren. Das Problem ist nur, es wird kein Widerstand organisiert. Ich bin selbst Landeslehrer in

sundheitsbereich aufrufen. Auch hier: die Mobilisierung läuft unter der Wahrnehmungsgrenze eines Teils der Betroffenen, von der Öffentlichkeit überhaupt zu schweigen.

Zufall? Nein, dabei handelt es sich nicht um Zufälle. Die Gewerkschaftsführung scheut sich nach wie vor davor, die Menschen gegen die unsoziale Politik in Europa, Bund, Land und Gemeinden zu organisieren. Sie gerät aber immer mehr unter Druck und so wird eben organisiert „Dampf“ abgelassen, um wieder auf den Verhandlungstisch mit Politik und Wirtschaft zurückkehren zu können. Denn dem abstrakten „Wohl“ Österreichs fühlen sie sich in Wirklich-

keit mehr verpflichtet als ihren Mitgliedern.

Diese Politik hat aber selbst mittelfristig keine Perspektive mehr. Viele KollegInnen quer durch alle Fachgewerkschaften drehen der Gewerkschaft ihren Rücken zu. Selbst mir fällt es zunehmend schwer, KollegInnen von der Notwendigkeit einer ÖGB-Mitgliedschaft zu überzeugen. Für uns Betroffene heißt das, dass wir nicht nur die Gewerkschaftsführung zu Protesten zwingen müssen, sondern auch die Organisation kontrollieren müssen. Je stärker und überzeugter wir dabei sind, desto größer sind unsere Chancen auf eine bessere Zukunft!

Albert Kropf

***Stell dir vor, es ist Streik
und keiner geht hin –
(weil keiner was davon weiß)!***

licher Dienst (GÖD) in der Stadthalle mit rund 1.000 LehrerInnen statt. Grund war die zuvor von der Regierung präsentierte Schulreform, in der wieder viele Verschlechterungen und Belastungen für LehrerInnen und SchülerInnen schlummern. Grundsätzlich ist es ja gut, dass Gewerkschaften endlich beginnen, Widerstand gegen die Spar- und Kürzungspolitik zu

Wien und weder ich noch sonst jemand aus meinem KollegInnenkreis wusste von dieser Veranstaltung. Ganz zu schweigen davon, dass wir eingeladen, informiert oder gar „mobilisiert“ worden wären.

Ein Einzelfall? Nein. Anderes Thema, ähnliche Vorgehensweise: für Freitag, 12. Mai wird am Nachmittag zu einer „großen“ Demonstration im Ge-

Pflegepersonal: Unsere Drohungen wirken!

Am 12. Mai (Tag der Pflege) hielt das Pflegepersonal der Kärntner Landes-spitäler eine Protestkundgebung ab. Seit eineinhalb Jahren warteten sie auf eine Gehaltserhöhung. Nach der 9% Gehaltserhöhung für die Wiener Ordensspitäler erreichten jetzt auch die Kärntner KollegInnen einen großen Erfolg: 200€ mehr für Diplomier-te, 100€ für PflegehelferInnen, und 100 neue Stellen. Nachdem die KollegInnen bei Betriebsversammlun-

gen einen Kompromissvorschlag des Landes ablehnten, erreichten sie so 100% ihrer Forderungen. Das gelang, wie auch bei den Ordensspitalern, nur mit der Androhung von Streik. Doch die BetriebsrätInnen der KABEG (Ktn. Landeskrankenanstaltengesellschaft) gingen einen Schritt weiter. Mit einer Öffentlichkeitskampagne, einem Forderungskatalog, Protestaktionen und mehreren Betriebsversammlungen brachten sie die Be-

völkerung auf ihre Seite, beteiligten sie KollegInnen am Kampf und machten so Druck auf die Landesregierung. Diese musste nachgeben, denn: "Die 3.500 Angestellten aus dem Pflegebereich sind bereit, alle erdenklichen Eskalationsstufen bis hin zum Streiktag wahrzunehmen", so der KABEG-Betriebsratsvorsitzende. Es gibt noch viel zu tun. Aber die Kärntner KollegInnen haben gezeigt: Kämpfen bringt's!

Ein Pfleger



Der Pflegeaufstand rollt an!

Es brodelt im Pflegebereich – und die SLP ist mittendrin: 2.000 PflegerInnen und solidarische Menschen demonstrierten am 12. Mai gegen die untragbaren Zustände in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Diese Aktion aller Gewerkschaften, die Pflegekräfte organisieren (GÖD, vda, GPA-djp & younion), zeigt das Potential für Widerstand unter den KollegInnen – trotz später Terminbekanntgabe und fehlender Mobilisierung durch die ÖGB-Bürokratie. Eine Altenpflegerin aus OÖ erklärt: "Hätten wir früher von der Demonstration erfahren, wären mehr KollegInnen mitgekommen. Der Dienstplan war schon längst fertig".

Die SLP mobilisierte für einen gemeinsamen Block der Basisinitiativen „Sozial aber nicht blöd“ und „CARE Revolution“. PflegerInnen und SLP-AktivistInnen aus Wien, Linz und Gmunden nahmen teil. Mit Megafon und Slogans für mehr Personal und Geld fürs Gesundheitswesen machten wir Stimmung. Flugblätter und Unterschrifteninitiative für Arbeitszeitverkürzung wurden von den KollegInnen und PassantInnen sehr positiv angenommen, viele kauften unsere Zeitung.

Die Demonstration war für sich ein Erfolg. Was fehlte, war ein gewerk-

schaftlicher Aktionsplan. Um motivierten KollegInnen ein Angebot zu machen, organisierten wir in der folgenden Woche AktivistInnentreffen.

Schon am Samstag darauf organisierte eine Initiative von GewerkschaftsschülerInnen die Aktion „Pflege Aufstand – die Schere stoppen“ in Vöcklabruck. Der Aufruftext erklärt: „Die wahren Schädlinge unseres Sozialsystems sind die Steuerflüchtlinge, diese kosten uns tausend Mal mehr als Kriegsflüchtlinge!“

Krankenpfleger und SLP-Aktivist Jan, der mit anderen GenossInnen teilnahm, erklärt: „Viele KollegInnen wollen sich gegen die Missstände im Gesundheitsbereich und für die Forderungen nach mehr Personal, Arbeitszeitverkürzung und Einkommen von denen man gut leben kann, einsetzen. Jetzt liegt's an den Gewerkschaften, einen Kampf zu organisieren.“

Dass Erfolge möglich sind, zeigten die KollegInnen der Wiener Ordensspitäler und der Kärntner Landesspitäler, die in den letzten Monaten deutliche Verbesserungen erkämpfen konnten. Die SLP wird auch weiterhin im Pflegebereich aktiv sein und den Widerstand gegen die nach wie vor katastrophalen Bedingungen mit aufbauen!

Florian Klabacher,
Pflegehelfer



Blaues Fest: Lautes „Nein“ zur FPÖ!

Aus diesem Grund mobilisierte die Sozialistische LinksPartei wieder stark gegen das „Blaue Fest“ der FPÖ am Wallensteinplatz. Wir machten in den Wochen vor dem 13.

Die FPÖ versucht ihre rechtsextreme Politik zu tarnen und sich als harmlose, soziale Familienpartei zu präsentieren. Dass dem nicht so ist, ist den meisten LeserInnen die-

Auf der Gegendemo selbst kamen AktivistInnen verschiedenster Organisationen (SJ Brigittenau, Junge Grüne, Aufbruch), die OrganisatorInnen der Wiener Anti-Vučić-

*Wir dürfen den Rechten nicht
die Straße überlassen!*

Mai mehrere Kundgebungen an der Friedensbrücke und vor Schulen, und betonten verstärkt die Verbindung zwischen antirassistischen, antisexistischen und sozialen Standpunkten, denn soziale Ungleichheit spaltet. Mit den Worten von Malcolm X: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus!“

ser Zeilen klar. Dass wir aber auch etwas dagegen unternehmen können vielleicht nicht allen. Aber direkte Konfrontation bringt's! Nur zehn Minuten laute, linke Präsenz unsererseits reichten am 11. Mai, um die FPÖ komplett aus dem Konzept zu bringen – sie gaben die Hetze auf und verließen die Friedensbrücke.

Proteste, ungarische und iranische AntifaschistInnen, GewerkschaftsaktivistInnen und AnwohnerInnen zusammen. Gemeinsam setzten wir ein lautstarkes Zeichen gegen das stark geschrumpfte „Blaue Fest“. Weiter geht es in Wien mit der LGBTQ-Kampagne! Get active!

Philipp Chmel



Eine Welt gewonnen in Graz und Vöcklabruck

Unsere Veranstaltungsreihe zum 100. Jubiläum der Oktoberrevolution hat angefangen! Jeweils einen Tag haben die SLP-Gruppen in der Steiermark (13.05.) und dem Salzkammergut (22.04.) zusammen mit Interessierten über die Bedeutung der russischen Revolution damals und heute gesprochen. Hier ging es nicht nur um Geschichte, sondern auch um aktuelle Bewegungen wie „Rettet die Mur“ oder Kämp-

fe für Frauenrechte. Wir beschäftigen uns nicht aus Spaß mit der Oktoberrevolution, sondern weil sie viele Lehren für heutige politische Kämpfe enthält. Eine der grundlegendsten davon: Um die Welt zu verändern, müssen wir uns organisieren. In Vöcklabruck, wo es bisher keine SLP-Gruppe gab, sind jetzt nun auch Ansätze für diese Organisation da. Komm auch du zu den nächsten Events!

Termine des Monats



Unsere Eventreihe geht in die nächsten Runden. Im Juni werden wir uns in Salzburg und Linz mit einer Vielzahl an aktuellen, historischen und theoretischen Themen auseinandersetzen. Wir wollen mit allen, die sich gegen den Wahnsinn des Kapitalismus wehren wollen, über Möglichkeiten des Widerstands diskutieren. Sei dabei!

Salzburg: 14.6. | ab 15⁰⁰ Uhr | Café Skakespeare

Linz: 30.6. | ab 18⁰⁰ Uhr | Alte Welt

Linz: 1.7. | ab 11⁰⁰ Uhr | Jugendzentrum in der Steingasse

Genaue Infos: www.slp.at bzw. FB Eine Welt zu gewinnen

Während in Wien in den letzten 5 Jahren die Mieten um rund 20% gestiegen sind und viel zu wenig leistbarer Wohnraum geschaffen wird, küsst Rot&Grün den Wohnspekulanten die Füße. Das Grundstück zwischen dem Hotel Intercontinental und dem Konzerthaus wurde vor Jahren schon weit unter dem Marktwert um 4,2 Mil. € verkauft. Dieser Verkauf steht in Verbindung mit fragwürdigen Deals des Wiener Stadterweiterungsfonds – es wird im Umfeld des Parteiensumpfs seit Ende des letzten Jahres wegen Korruption ermittelt. Mittlerweile gehört das Heumarkt-Areal dem Immobilien-Hai Michael Tojner, der nun um 210

Rote Seitenblicke

Mil. € (!) ein neues Hotel bauen und den Eislaufverein erneuern will. Dabei soll ein Turm entstehen, der die höchstzulassene Höhe überschreitet – die UNESCO droht mit dem Entzug des Weltkulturerbes. Nachdem die Grünen ihre Jugendorganisation rausschmeißen, pfeifen sie noch auf die eigene Mitgliedschaft, die sich bei einer Urabstimmung (nur 1500 Mitglieder) knapp gegen das Projekt ausspricht. Die Wiener Grünen-Chefin Vassilakou versichert daraufhin, dass ihre Gemeinderäte für dieses Projekt mit der SPÖ stimmen werden. Und Ende Mai war dies dann auch der Fall. Wenn wir echte linke Wohnungspolitik haben wollen, stehen uns SPÖ&Grüne im Weg. Die Stadt sollte Grund nicht für Millionen-Projekte irgendwelcher Privater verscherbeln, sondern die Bevölkerung entscheiden lassen, was wir wie gebaut haben wollen. Für unsere Bedürfnisse (öffentliche Wohnungen, Schulen, Spitäler,...) und nicht für ihre Profite!

Stefan Gredler



Regierende verschenken unseren Raum

Öffentlicher Raum wird an Private verschenkt, die dann Profite damit machen. Menschen mit wenig Geld verlieren Erholungsraum, Unternehmer ma-

holung ist es vorbei, AnrainernInnen werden zwangsbeschallt. Die Grünen finden das toll, es sei eine Belebung. Unter „Belebung“ verstehen die Grünen das

Zwischen(ver-)mieter Gewinn damit machen. Beide Projekte wurden massiv vom Rechnungshof beanstandet. Auch ein Teil der Donauinsel steht durch

wort: Betreuung der Plätze durch noch mehr Privatisierung. Öffentliches Geld sitzt also sehr locker, wenn es darum geht, es an Unternehmer zu verschenken. Wenn es aber darum geht, es für die Öffentlichkeit zu verwenden, taucht plötzlich „Sachzwang“ und Sparpolitik auf. Mit Kritik an Kommerzialisierung ist es nicht getan, denn tatsächlich handelt es sich um Privatisierung öffentlichen Raums. Die etablierten Parteien sind kein Bündnispartner im Kampf dagegen, da sie ausschließlich Unternehmerinteressen vertreten. Diesen Kampf müssen wir schon selbst organisieren. Die Enteignung der beschenkten Unternehmer wäre nur ein Zurückgeben dessen, was uns gehört.

Helga Schröder

Wir bezahlen, sie kassieren. Kostenlos zugänglicher Raum ohne Konsumzwang muss zurückgeholt werden.

chen tolle Profite. Im „rot-grünen“ Wien häufen sich Beispiele dafür. Am Donaukanal sind gleich zwei Beispiele nebeneinander. Badeschiff und Herrmanns Strandbar befinden sich auf ehemals öffentlichem Grund, der fast geschenkt Unternehmern gegeben wurde, die mit teurer Gastronomie auf diesem Grund reich werden. Mit Naher-

Selbe wie alle bürgerlichen Parteien: Unternehmensprofite. Der Unternehmer des Badeschiffs hat grünen Hintergrund und konnte seine Profite maximieren, indem die Infrastruktur des Badeschiffs (Kanal etc.) mit öffentlichem Geld eingerichtet wurde. Eine Zeit lang konnte auch ein Mitarbeiter des zuständigen Verkehrsministeriums als

Rock in Vienna, das einem deutschen Konzern gehört, ausschließlich privaten Profiten zur Verfügung. Die offenen, kostenlosen Beachvolleyballplätze wurden geschliffen für Rock in Vienna, Donauinselfest – und ausgerechnet eine Beachvolleyball-WM. Die Stadt begründet dies mit fehlender Betreuung. Absurde, aber typische Neos-Ant-

Streik für Grundrechte? Bleibt am Ball!

Nicht mehr vor Spielen sich in einer öffentlichen Toilette umziehen müssen. Nicht mehr die Trainingsanzüge mit den jüngeren Spielerinnen teilen müssen. Entschädigung für die Tage, die die Spielerinnen nicht arbeiten konnten, da ein Spiel anstand. Das sind 3 der insgesamt 7 Forderungen des irischen Fußball-Frauennationalteams, für die sie kämpfen wollen. „Es ist nicht viel, was wir wollen“, sagt eine der Spielerinnen – und da-

mit haben sie vollkommen recht. Seit 6 Jahren wurde keine Entschädigung mehr gezahlt. Oft musste Urlaub genommen werden, wenn Spiele anstanden. Am 4. April gingen sie damit an die Presse, unterstützt vom männlichen Team und der Öffentlichkeit. Doch die FAI (Football Association of Ireland) meinte nur, dass dafür schlichtweg kein Geld da sei – und dass man sowieso immer auf ihre Wünsche einginge. Die Spielerin-

nen drohten mit Streik und nahmen aus Protest nicht am Trainingscamp teil. 2 Tage später schrieb die FAI, dass eine Einigung erreicht wurde, in dem alle Punkte der Protestierenden behandelt wurden. Währenddessen sagte der VFL Wolfsburg die Meisterinnenfeier seines Frauenteam ab – aus Rücksicht auf den Abstiegskampf der Männer. Es wird also noch viel Widerstand im Frauenfußball nach Vorbild der Irinnen brauchen!



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Das Zeitalter der Angst

Wieder schockt ein Anschlag ganz Europa. Auf einem Popkonzert in Manchester sterben über 20 Menschen, viele davon Kinder. Nur ein paar Tage später sterben mehr als 20 Menschen bei einem Anschlag auf einen Bus in Ägypten. Wieder ein paar Tage später erschüttert ein Anschlag Kabul – mindestens 80 Menschen sterben, mehr als 400 werden verletzt. Diese Anschläge rei-

nen sind längst zu globalen Themen geworden.

Statistiken prognostizieren nach wie vor eine geringe Wahrscheinlichkeit, einem Terroranschlag in Europa zum Opfer zu fallen. Doch das beruhigt nicht. Viele Personen fühlen sich unsicher, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, sie Konzerte oder Theateraufführungen besuchen oder einfach nur in ei-

auf schwarze Einrichtungen, Moscheen und Abtreibungskliniken wird kaum bis gar nicht berichtet.

Wie reagiert die Politik auf das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung? Sie verspricht mehr Polizei, mehr Überwachung und höhlt die Privatsphäre aus. Sie schränkt demokratische Rechte ein und geniert sich dabei nicht einmal zu sagen, das sei notwen-

gesehen, die irgendetwas verhindert hat“.

Sie versprechen mehr Sicherheit, indem sie Millionen in Waffen investieren und die Polizei militarisieren. In Zeiten der Krise und des Stabilitätspakts heißt das, dass bei anderen Budgetposten gespart werden muss, etwa bei der Bildung oder beim Sozialem. In einem Artikel für Profil weist Kreissl auf die wahren Hintergrün-

Ein Beispiel dafür ist der Streit der konservativen Regierung von Premierministerin May mit dem Labour-Spitzenkandidaten Corbyn. Nach dem Anschlag in Manchester auf Konzertbesucher meinte er, der Imperialismus sei mitschuld für den Terrorismus in der Welt. Dafür wurde er von den Konservativen und den Medien gescholten, denn sie wollten die nationale Einheit im Krieg gegen den Terror beschwören.

Wer profitiert eigentlich davon? Die „Sicherheits“-Industrie ist einer der wenigen krisensicheren Wirtschaftszweige. Großkonzerne wie Siemens, Samsung und Nokia verdienen an Terror, Ausrüstung und Überwachung prächtig. Aber gibt es Lösungen, bei denen nicht nur Konzerne profitieren? Was sind die Ursachen der Gewalt und wie kann wirkliche Sicherheit erreicht werden?

Helmut Swoboda

Das Gefühl der Unsicherheit wächst überall.

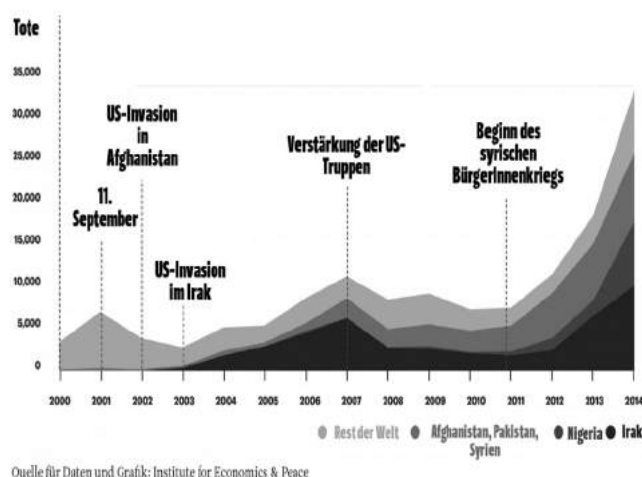
hen sich in eine scheinbar endlose Serie an Attentaten ein, bei denen in den letzten Jahren hunderte ArbeiterInnen und Jugendliche den rechts-extremen, fundamentalistischen TerroristInnen zum Opfer gefallen sind. Die Anteilnahme mit den Opfern eint die Menschen in ihrer Trauer. Sie sind via Fernsehen und anderen Medien mit der ganzen Welt verbunden. Sicherheit und Ter-

ror sind längst zu globalen Themen geworden. Statistiken prognostizieren nach wie vor eine geringe Wahrscheinlichkeit, einem Terroranschlag in Europa zum Opfer zu fallen. Doch das beruhigt nicht. Viele Personen fühlen sich unsicher, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, sie Konzerte oder Theateraufführungen besuchen oder einfach nur in ei-

nen Restaurant essen. Zu dieser Atmosphäre tragen auch Medien bei, die Dauerpanik schüren. Das bringt Aufmerksamkeit und Profite. Dabei wird bewusst rassistisch gehetzt, etwa, wenn Terror als rein islamisches Phänomen dargestellt wird – als hätte es Franz Fuchs, Anders Breivik oder den NSU nie gegeben. Auch über die Welle von Anschlägen weißer Rechtsextremisten in den USA

dig, um unsere demokratischen Werte zu schützen. Verhindert aber eine lückenlose Videoüberwachung Terroranschläge? Nein, meint der Kriminalsoziologe Reinhard Kreissl, ehemaliger Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien und Gründer des Vienna Centre for Societal Security (Vicesse), gegenüber der Wiener Zeitung: „Ich habe noch nie eine Kamera

de solcher Politik hin: „Politik mit der Angst ist eine wohlfeile Strategie in Zeiten, in denen sich Loyalität nicht mehr durch die Verteilung sozialstaatlicher Wohltaten sichern lässt. In Zeiten des Klassenkampfes von oben und breiter Kürzungen und Einsparungen ist ein bedrohlicher äußerer Feind das probate Mittel, die Bürger hinter der eigenen Fahne zu versammeln.“

Terrorismus und seine Opfer**In welche Sicherheit wird investiert – in welche nicht?**

Die Linzer Stadtre-gierung investiert jährlich 1.400.000€ in die „Stadt-wache“. Diese Truppe von Hilfsheriffs spaziert dann an schönen Tagen von Zeit zu Zeit durch Parks. Gleichzeitig hat die rot-blaue Stadtregierung jedoch kein Problem damit, allein dieses Jahr fast 160.000€ im Jugend-budget einzusparen. Zwei Jugendzentren werden zusperren müssen. Doch die BetreuerInnen, von denen 13 eingespart werden, die Jugendlichen, deren Freizeit-treffpunkt geschlossen wird und die Eltern, die einen sicheren Betreuungsplatz am Nachmittag für ihre Kinder verlieren, können beruhigt sein – hebt doch die Stadt-wache weiterhin ihr „Sicherheitsgefühl“.

Unter Innenministerin Johanna Mikl-Leitner wurden 300 Millionen Euro in die Aufrüstung der Polizei mit neuen Waffen zur „Terrorbekämpfung“ investiert. Dafür ist also genügend Geld da. Doch es fehlt plötzlich, wenn es darum geht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, schon längst überfällige Investitionen im Bildungsbereich vorzunehmen oder die längst

völlig überlasteten PflegerInnen in Spitälern und Altenheimen durch mehr Personal zu entlasten. Nur weil die Polizei neue Maschinenpistolen erhält, werden wir nicht sicherer vor Terroranschlägen – vor allem nicht, wenn dafür keine Sicherheit auf einen Job, Bildung und eine gute Betreuung im Alter besteht.

- Das ist aber noch nichts im Vergleich zur „Luft-raumsicherung“. Die Kosten der Eurofighter betragen bis 2015 über 2 1/2 Milliarden Euro.
- Im internationalen Maßstab erreicht die Geldverschwendung durch „Sicherheitsausgaben“ geradezu absurde Ausmaße. Bei dem Raketenangriff auf eine syrische Luftwaffenbasis Anfang April verpulverte das US-Militär laut Schätzungen in einer Nacht 82 Millionen Euro – genug Geld um ein syrisches Flüchtlingslager mit 120.000 Einwohnern fast ein halbes Jahr lang mit Wasser und Nahrung zu versorgen. Noch dazu war der Angriff militärisch völlig wirkungslos, schon am Tag darauf hoben von der Luftwaffenbasis wieder Flugzeuge ab.

Quellen: Der Standard, Die Presse, Oberösterreichische Nachrichten, gFinance, linz.at

Sicherheit statt Kapitalismus

Sicherheit, Kriminalität und Terror dominieren die österreichische Innenpolitik in den letzten Monaten. Strache und Kurz treten sowieso als Hardliner in dieser Frage auf, aber auch die SPÖ versucht, sich mit Verteidigungsminister Droschitz als entschlosse-

cherheit ausdrückt – auch wenn etwa die Zahl der verurteilten Verbrech-erInnen in Österreich seit den 1970er Jahren stetig abnimmt, von ca. 80.000 pro Jahr auf heute 30.000. Gewalt, Terror und die Angst davor sind Folgen systemischer sozialer Un-

auf sie vertrauen, uns gegen Terror zu schützen und Sicherheit zu garantieren.

Alle „Lösungen“ der Herrschenden verschärfen die Probleme nur weiter. Das beste Beispiel dafür ist der „Krieg gegen Terror“, der seit den Anschlägen vom 11. September 2001 geführt wird. Er hat bereits hunderttausenden Menschen im Nahen und Mittleren Osten ihr Leben gekostet. Trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb, hat der Terror seit 2001 zugenommen. Die Bomben der westlichen Staaten, aber auch Russlands, Saudi-Arabiens und der Türkei, treiben die Menschen in die Arme terroristischer Organisationen – wenn diese von jenen Staaten nicht sogar als Bündnispartner in lokalen Kriegen hochfinanziert werden. Die Kriege im Irak und in Afghanistan haben erst die Basis für den Aufstieg des IS geschaffen.

Internationale Konzerne profitieren aus Kriegen im Nahen und Mittleren Osten. Der Irakkrieg wurde nicht aufgrund von „Massenvernichtungswaffen“ geführt, sondern wegen des Zugangs zu Rohstoffen. Auch bei der Militärintervention in Libyen 2011, heute ein „Failed State“ in dem fundamentalistische Gruppen rasant wachsen, ging es nicht um Demokratie. Noch bevor der Diktator Gaddafi gestürzt wurde, besuchten bereits Vertreter westlicher Regierungen und Konzerne die künftigen Machthaber, um Öl-Verträge aus-

Gewalt und Terror sind Folgen eines Systems, das Sicherheit dem Profit unterordnet.

ne Kraft für autoritäre Sicherheitspolitik zu positionieren. Laut einer aktuellen Kurier-Umfrage ist „Sicherheit und Zuwanderung“ für 36% der Befragten in Österreich das wichtigste Wahlmotiv (noch vor Soziales und Einkommen mit 29%).

Das bedeutet aber nicht, dass soziale Themen weniger wichtig geworden sind. Viel mehr äußert sich in dem Wunsch nach Sicherheit, auch unter Eindruck der vermehrten Terroranschläge, eine allgemeine soziale Unsicherheit. Auch im zehnten Jahr der Wirtschaftskrise ist kein Licht am Ende des Tunnels in Sicht. Im Gegenteil, gerade in Österreich beginnen sich die Folgen erst abzuzeichnen: Sozialkollaps, Rekordarbeitslosigkeit, Massenarmut. Unsere Lebensplanung und Alltag wird unsicherer. Wer weiß schon, was in fünf oder zehn Jahren sein wird? Es ist auch der Wunsch nach Stabilität, der sich im Ruf nach Si-

sicherheit, nicht umkehrt.

Davon versuchen die etablierten Parteien bewusst abzulenken – und sich als VerteidigerInnen von Recht und Ordnung darzustellen. Wenn sie „Sicherheit“ sagen, meinen sie nicht Schutz vor der täglichen Gewalt, die etwa Frauen in Haushalt und Familie erleiden oder die konstante Unsicherheit und Diskriminierung, mit der ArbeiterInnen und Jugendliche ohne österreichischen Pass leben müssen. Doch die steigende Anzahl an Anschlägen zeigt, dass auch ihre eingeschränkte „Sicherheitspolitik“ nicht funktioniert. Gerade deshalb dürfen SozialistInnen das Thema nicht den bürgerlichen Parteien überlassen. Auf Kurz, Kern, Strache und Co. Können wir nicht vertrauen, wenn es darum geht, unsere Lebensstandards, unser Sozialsystem und unsere Arbeitsbedingungen zu schützen. Genauso wenig können wir



zuhandeln. Über Waffenverkäufe in Kriegsgebiete verdienen Konzerne Milliarden. Erst im Mai schloss US-Präsident Trump einen Vertrag mit Saudi-Arabien über Rüstungslieferungen im Wert von 110 Milliarden. Saudi-Arabien ist Sponsor zahlreicher fundamentalistischer Gruppen. Auch österreichische Konzerne sind mit dabei. Österreich ist

immer schlimmer – und der Nährboden für Gewalt und Terror wächst.

Die dutzenden Anti-Terror-Gesetze, die in den letzten Jahren beschlossen wurden, haben Anschläge nicht verhindern können. Mehr Überwachung, Polizei und Repression bringt keine Sicherheit. Einige Attentäter posieren sogar absichtlich vor Überwa-

Lebensläufe vieler AttentäterInnen ähneln einander: Menschen, die schon in der Jugend jede Chance auf ein menschenwürdiges Leben verlieren, sich dann zwischen Arbeitslosigkeit und Kleinkriminalität herumschlagen müssen und schlussendlich zur Gewalt greifen. Die Anti-Terror-Gesetze werden aber gegen Proteste eingesetzt, die sich gegen die Zustände richten, die so etwas möglich machen. Das beste Beispiel dafür ist Frankreich, wo durch den Ausnahmezustand zwar keine Terroranschläge verhindert wurden, dafür aber Demonstrationen von Gewerkschaften und UmweltaktivistInnen.

Es sind nicht PolitikerInnen, BankerInnen und WaffenlobbyistInnen die im Bataclan, am Brüsseler Flughafen oder in der Manchester Arena sterben – und schon gar nicht in Bagdad, Kabul oder Damaskus. Es sind ArbeiterInnen und Arme, die in Europa an Terror sterben und unter der „Sicherheitspolitik“ der Regierungen leiden. Sie sind es auch, die im Nahen und Mittleren Osten durch den „Krieg gegen den Terror“ ihr Leben verlieren oder fliehen müssen. Aber sie sind es auch, die der Spirale aus Unsicherheit und Terrorismus ein Ende bereiten können. Der echte Kampf gegen Terrorismus ist der Kampf gegen soziale Ungleichheit, Kriege, Ausbeutung und Rassismus – und für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft.

Die „Sicherheitspolitik“ der Herrschenden bringt nur noch mehr Unsicherheit.

der fünftgrößte Exporteur von Kleinwaffen, die immer wieder in den Händen von TerroristInnen auftauchen. Zwischen 2008 und 2013 gingen Waffen um 18 Millionen Euro aus Österreich nach Saudi-Arabien. Die OMV macht Geschäfte im kurdischen Teil der Türkei. Immer wieder sind in den letzten Jahren Berichte aufgetaucht, dass über Nordkurdistans vom IS gefördertes Öl an europäische Staaten verkauft wurde. Aber auch ohne Kriege hält die Wirtschaftspolitik internationaler Institutionen wie des IWF neokoloniale Länder in Armut und Abhängigkeit. Nicht nur Afrika und Asien werden konstant durch imperialistische Profitjagd destabilisiert. In den kapitalistischen Zentren, Europa und Nordamerika, werden durch das Kürzungsdiktat in Folge der Krise die sozialen Bedingungen

chungskameras. Einer der Terroristen, die im Sommer 2016 einen Pfarrer in Nordfrankreich ermordeten, trug eine Fußfessel. Der IS profitiert sogar von der repressiven Politik und dem Rassismus der europäischen Staaten. Die ständige Unterdrückung durch Staat und Polizei, unter der MigrantInnen und Muslime leiden, ist ein besserer Anwerber für FundamentalistInnen als jeder Online-Hassprediger. Das zeigt sich etwa am Brüsseler Stadtteil Molenbeek, der in den internationalen Medien als „Hochburg des Terrorismus“ dargestellt wird. Tatsächlich ist Molenbeek vor allem Hochburg der sozialen Probleme: die Arbeitslosigkeit liegt bei 30%, unter jungen Menschen sogar bei 60%. Diese Armut und Perspektivlosigkeit ist die perfekte Basis für die Rekrutierungsversuche der FundamentalistInnen. Die



Marx aktuell

Wenn Bilder von Bombenattentaten und anderen spektakulären Kriminalfällen die Schlagzeilen dominieren, kann der Staat von seinem eigentlichen Charakter als Instrument der herrschenden Klasse gegen die Interessen der ArbeiterInnen und Armen ablenken und sich als Hüter von Frieden und Sicherheit im Interesse der Allgemeinheit präsentieren. Oft steigt die Akzeptanz des bürgerlichen Staates, seiner Polizei und Justiz in Zeiten von Terror und (gefühlter) steigender Kriminalität. Aber der Staat ist nicht Wahrer der allgemeinen Interessen der Gesellschaft, sondern Instrument einer bestimmten Klasse, nämlich der Bourgeoisie. Solange er das bleibt, besteht die Hauptaufgabe seiner Polizei und Justiz in der Verteidigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, d.h. in erster Linie im Schutz der Reichen gegen die Armen.

Sicherheit durch Selbstorganisation?

Friedrich Engels definiert den Klassenstaat folgendermaßen:

„Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden ist seit der Spaltung in Klassen [...] Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängeln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wusste.“ (Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, 1884)

Diese „besondere öffentliche Gewalt“ des bürgerlichen Staates, deren Hauptinteresse in der Sicherung der bestehenden Eigentumsverhältnisse besteht, ist aber ganz ungeeignet, für die dauerhafte Sicherheit der einfachen Bevölkerung zu sorgen. Darauf kann die ArbeiterInnenbewegung nicht reagieren, indem sie im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen eine eigene, bessere Polizei aufbaut. Nicht, dass die Bevölkerung eines proletarischen Viertels sich bspw. nicht solidarisch gegen rechtsradikale Übergriffe verteidigen sollte. Aber das reicht nicht. Wenn die Massen der ArbeiterInnen und Armen ihre Sicherheit erkämpfen wollen, dann ist dafür sowohl Vertrauen in den bürgerlichen Staat als auch die Idee des Aufbaus einer Gegenpolizei das falsche Rezept. Eine starke ArbeiterInnenbewegung kann die Organe des bürgerlichen Staates unter demokratische Kontrolle zwingen – etwa durch Wahl- und Abwählbarkeit in Polizei und Heer und Zwang zur Transparenz. Das kann bedeutende Verbesserungen bringen, doch der Charakter dieser Organe als Instrumente des bürgerlichen Staates bleibt bestehen. Die ArbeiterInnenklasse muss deswegen weiter gehen und Ursachen von Terror und Kriminalität beseitigen, d.h. ein System besiegen, das Imperialismus, Rassismus, Arbeitslosigkeit und Armut notwendig erzeugt. In solchen revolutionären Phasen baut die ArbeiterInnenbewegung durchaus demokratisch organisierte Sicherheitsorgane als Gegenstrukturen zur bürgerlichen Polizei auf. Freilich ist das nur möglich mit einer kämpferischen proletarischen Massenbewegung im Rücken – mit rechten „Bürgerwehren“, wie wir sie heute beobachten können, hat eine ArbeiterInnenmiliz nichts zu tun.

Fabian Lehr



Wie SozialistInnen für Sicherheit und gegen Terrorismus kämpfen

Das Potential für einen gemeinsamen Kampf gegen Terror und Kapitalismus zeigt sich nach jedem Anschlag aufs Neue. Die erste, unmittelbare Reaktion der Menschen auf Terroranschläge in ihrer Umgebung ist immer dieselbe: Solidarität. TaxifahrerInnen bringen Menschen in

Paris und in Brüssel gingen nach den Anschlägen Tausende auf die Straße um zu zeigen, dass sie sich nicht spalten lassen. Die Menschen trotzen den Bemühungen der Medien, der Politik und der AttentäterInnen, die Gesellschaft zu entsolidarisieren.

in Zügen und Stationen. Sie argumentierte richtig, dass mehr Personal mehr Sicherheit garantieren kann. Mehr Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel würden nicht nur dazu führen, dass diese weniger anfällig für Terroranschläge sind, sondern es auch am Abend si-

Gefängnisse. Es braucht Jugendzentren und gratis Freizeitangebote für Jugendliche statt Videoüberwachung und Repression. Schon wenn nur solche Maßnahmen erfolgreich erkämpft werden, steigert das nicht nur die Sicherheit vor Ort – sie können den Unterschied machen, ob Menschen, die vor dem Abgrund stehen, eine Perspektive bekommen oder zu GewalttäterInnen und TerroristInnen werden.

ale Wohnbauprogramme und die Enteignung von ImmobilienspekulantInnen, um Wohnraum zu schaffen. Die Politik wird jammern, dass dafür kein Geld da sei – während sie hunderte Millionen in die Aufrüstung von Heer und Polizei steckt und Milliarden an Banken und Konzerne verschenkt. Diese sind es auch, die von Terror und Wettrüsten profitieren. Sie sollen für diese Maßnahmen zur Kasse gebeten werden.

Sozialistische Sicherheitspolitik greift die Wurzel des Problems an – und ist auch im konkreten Fall effektiver.

Sicherheit. Menschen riskieren ihr eigenes Leben, um andere zu retten. AnrainerInnen öffnen ihre Wohnungen für Menschen, die aus den Gefahrenzonen fliehen. Über soziale Netzwerke wird Hilfe und Schutz organisiert. Diese Solidarität hat nichts mit dem geheutelten Mitgefühl zu tun, das die etablierten PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse nach Anschlägen in den Medien verbreiten – nur um im Namen nationaler Einheit wieder Menschen gegeneinander aufzuhetzen und von ihrer Verantwortung für die Verhältnisse, die solche Taten möglich machen, abzulenken. In

Dabei müssen sie gegen die Folgen des kapitalistischen Kürzungsdiktats ankämpfen. Kaputtgesparte Gesundheitssysteme und zu wenig Personal im Spital sind extreme Sicherheitsrisikos im Ernstfall. Aktuell sind in Wien teilweise nur 2(!) NotärztInnen für die ganze Stadt im Einsatz. Sogar bei einer Vollbesetzung wären es nur 8. Das muss die ArbeiterInnenbewegung aufgreifen. Hier können Verbesserungen erkämpft werden, die mehr Sicherheit bringen. Zurecht streikte 2016 die britische EisenbahnerInnengewerkschaft RMT gegen die Stellenstreichungen beim Unterstützungspersonal

cherer und angenehmer machen nach Hause zu kommen.

Gewerkschaftliche Präsenz an sozialen Brennpunkten kann diese nicht nur sicherer machen. Sie kann auch nützlich sein, um Forderungen nach Investitionen in soziale Sicherheit und Jobs unter PassantInnen zu verbreiten und sie für kämpferische Kampagnen zu gewinnen. An Orten, die zu solchen Brennpunkten werden, braucht es SozialarbeiterInnen und Streetworker, statt Robocops und Stadtwachen. Es braucht genug Räume, Personal und Ressourcen für soziale und medizinische Betreuung statt neue

Doch wir können nicht nur dabei stehen bleiben, die zerstörerischen Auswüchse des Systems einzudämmen. Wenn Armut, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Diskriminierung den Boden für Gewalt und Terror bereiten, muss dieser Boden ausgetrocknet werden: durch ein ausfinanziertes Bildungssystem, das allen Jugendlichen Zugang zu Bildung und Perspektiven verschafft. Durch einen Mindestlohn von 1700 Euro und eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich, um sichere und gut bezahlte Jobs zu schaffen. Durch massive und hochwertige sozi-

Schließlich braucht es einen Kampf gegen die imperialistische Politik, die die Hauptschuld an der weltweiten Ausbeutung und Destabilisierung, an Kriegen und Terror trägt. Die SLP ist Teil des Committee for a Workers International, das in über 45 Ländern auf allen Kontinenten gegen den kapitalistischen Wahnsinn kämpft – von Tunesien bis in die USA, von Frankreich bis in die Türkei. „Unser Kampf für eine andere Gesellschaft ist auch ein Kampf für eine sichere Zukunft für alle“, schrieb unsere belgische Schwesterorganisation nach dem Attentat in Brüssel. Sei auch du Teil dieses Kampfes!

Sebastian Kugler

Sie sind nur G20, wir sind Milliarden!

Am 6. und 7. Juli findet in Hamburg der G20 Gipfel statt, das Treffen der Regierungschefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer. Unter ihnen sind zum Beispiel Donald Trump, Putin oder der türkische Präsident Erdogan. Die Regierungschefs dieser kapitalistischen Länder treffen sich, um zu besprechen, wie Terrorismus bekämpft werden kann und wie man neue Märkte erschließen kann. Gemeint ist damit aber, wie sie die kapitalistische Ausbeutung, unter der der Großteil der Weltbevölkerung leidet, noch effizienter vorantreiben können. Sie werden weitere Angriffe auf uns alle planen, um ihre neoliberale Sparpolitik durchsetzen zu können. Weltweit führen sie Kriege, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen zu können, setzen Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung um und wälzen die Folgen des Klimawandels auf uns ab.

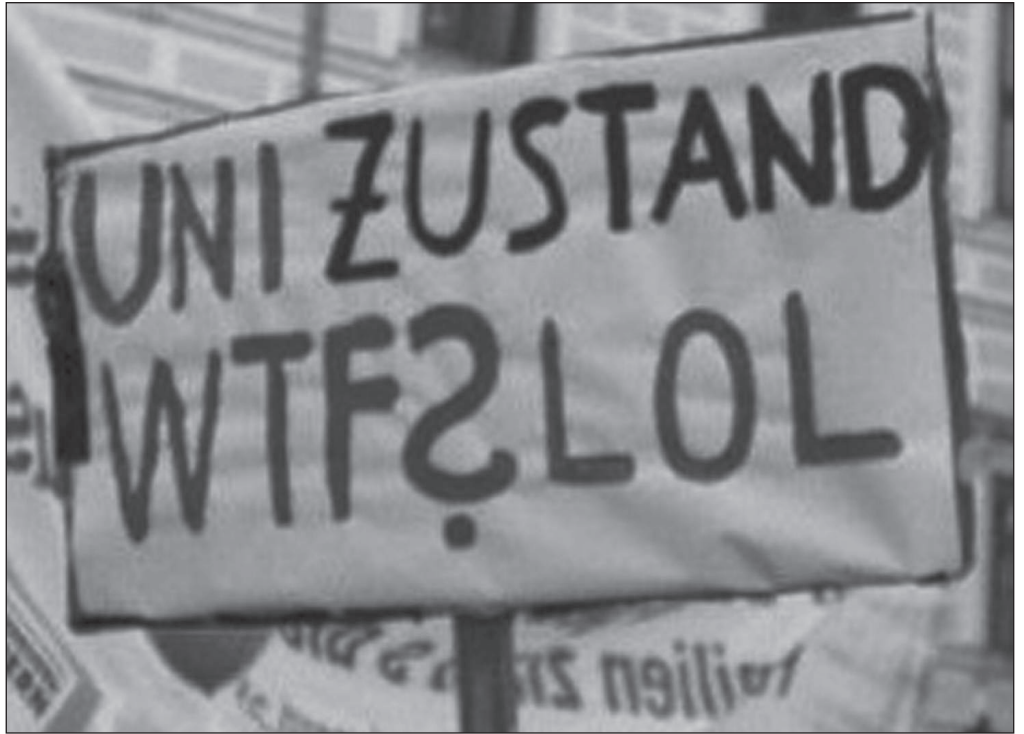
Dagegen muss Widerstand geleistet werden. Hamburg stehen wahrscheinlich einer der größten Proteste seiner Geschichte bevor. An die 100.000 DemonstrantInnen aus ganz Europa werden erwartet. Vom 6. bis zum 8. Juli sind mehrere

Protestaktionen geplant, darunter am 6. Juli eine antikapitalistische Demonstration, am Tag darauf finden Blockadeaktionen rund um den Hamburger Hafen statt und am 8. Juli die internationalistische Großdemonstration.

Die Mächtigsten dieser Welt müssen unsere Wut spüren und das auch von denen, die nicht an den Protesten teilnehmen können. Von den Menschen in Syrien, die seit Jahren unter dem Schrecken eines BürgerInnenkriegs leiden, von den FabrikarbeiterInnen in Asien, die unter unmenschlichen Bedingungen für einen Hungerlohn schuften und allen anderen, die unter dem kapitalistischen Wahnsinn leiden!

Die SAV, die deutsche Schwesterorganisation der SLP, wird sich an den diversen Protestaktionen mit einem lauten und kämpferischen Block beteiligen. Auch aus Österreich werden AktivistInnen zu den Protesten anreisen. Wenn du Interesse hast, Teil des internationalen Widerstands gegen G20 und kapitalistische Ausbeutung zu werden, melde dich bei uns unter slp@slp.at.

Nicolas Prettnner



Nur eine Studierenden-Lobby?

Bei den Wahlen für die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) war die Wahlbeteiligung auf

gen an den Unis. Tatsächlich hat die ÖH wenig zu melden: Zwar sitzt sie in vielen Gremien,

Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen, gehört protestiert: mit Kundgebungen, Demos & Besetzungen. So was zu organisieren ist nicht leicht, aber die großen Geldmittel der ÖH und ihr Zugang zu Email-Verteilern aller Studis würden es deutlich leichter machen. Ohne diesen Anspruch bleibt die ÖH nur eine Studi-Lobby, keine Organisatorin des überragenden Widerstands gegen Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und Ressourcen-Sammlung. Klar ist: es braucht diesen Widerstand – und wir können nicht auf die neugewählten ÖH-Gremien warten, um damit anzufangen.

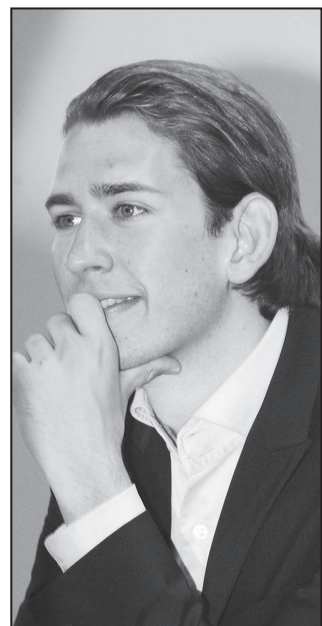
Außer leeren Phrasen

kam in den letzten

Jahren nichts von der ÖH.

einem Rekordtief: 24%. Ergebnisse dieser Wahl sagen also eher wenig über die politische Stimmung unter Studierenden aus. Was sie aber zeigen ist der tiefe Graben zwischen Studierenden und der ÖH. Verständlich, denn ausser leeren Phrasen kam von der ÖH in den letzten Jahren nichts gegen die konstanten Verschlechterun-

kann aber leicht von Regierung und Rektoraten übergangen werden, was diese auch stets tun. Aber politische Vertretung der Studierenden heißt mehr als Gremienarbeit. Eine linke ÖH (und an vielen Unis und der Bundesvertretung haben Linke die Mehrheit) könnte viel mehr machen: Wenn der Unizugang beschränkt werden soll, anstatt mehr



Kurz: Alte Politik hinter jungem Gesicht

Bei der „Liste Kurz – die Neue Volkspartei“ ist der Name Programm. Über Kurz versucht die ÖVP sich als jung und modern darzustellen. Aber dahinter steht dieselbe alte ÖVP, die Lehrlingsrechte abbauen und bei Bildung sparen will. Auch Kurz selbst macht keine Politik für Jugendliche, durch seine Tätigkeit als Außenminister und Regierungsmitglied ist er verantwortlich für den Tod und das Leiden von jugend-

lichen Flüchtlingen auf der Balkanroute, in Afghanistan und im Mittelmeer. Aber auch „österreichische“ Jugendliche haben von Kurz nichts zu erwarten. Er steht für Verschlechterungen für Arbeitslose und im Moment haben immerhin 10% der Jugendlichen keine Arbeit. Ganz egal, wie sich Kurz verkauft – er steht für eine Politik, die Jugendlichen die Zukunft kostet.

Ein wütender
Berufsschüler

Banane des Monats



Efghani Dönmez verlässt die Grünen. Nicht, weil sie seit Jahren in Regierungen Sozialabbau betreiben – sondern weil er lieber mit rechtsextreme Identitäre salonfähig macht. Die ÖVP umwirbt ihn bereits, und so geht Dönmez, in den Worten Marc-Uwe Klings, den Weg aller Bananen: Gestern grün, morgen schwarz.



Frankreich: Widerstand gegen Macrons neoliberale Agenda!

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich demonstrierten eine historische Zurückweisung „traditioneller“ Parteien. In der ersten Runde wurden sowohl die „sozialistische“ Partei von Präsident Hollande als auch der korrupte rechte Kan-

antwortlich. Le Pen hoffte auf der Welle der Unzufriedenheit reiten zu können. Aber die Kampagne von Mélenchon und der FI („Unbeugbares Frankreich“) hat viel von ihrer Unterstützung untergraben. Jetzt will sie eine neue Partei gründen. Das

Rekord. Es hat die Medien zur Veröffentlichung der Zahl der WeißwählerInnen gezwungen. Diese werden normalerweise nicht veröffentlicht. 16 von 47 Millionen registrierter WählerInnen haben nicht zwischen Le Pen und Macron „gewählt“.

soll Verschlechterungen im Arbeitsgesetz bringen. Danach sollen weitere zu Arbeitslosengeld, sozialer Sicherheit, usw. kommen. Die Ablehnung solcher Maßnahmen ist massiv. Aber diese Wut und Ablehnung muss einen sozialen und politischen Ausdruck finden, der die Interessen von ArbeiterInnen, Jugendlichen und der Mehrheit der Bevölkerung nach vorne stellt. Denn es besteht die Gefahr, dass der Front National versuchen wird, mit Rassismus die Wut aufzugreifen und abzulenken.

Es ist jetzt Zeit, auf die Straßen zu gehen, um klar zu machen, dass wir diese durch und durch unsoziale Politik ablehnen. Die Führungen der Gewerkschaften können nicht weiter schweigen, nachdem der Widerstand gegen das El-Khomri-Gesetz vor einem Jahr Millionen auf die Straße gebracht hat. Am 11. und 18. Juni 2017 finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Es ist nötig, dass ArbeiterInnen, Jugendliche und Arme einen unabhängigen politischen Ausdruck finden, um die pro-kapitalistischen Parteien zu konfrontieren. Für Mélenchons Kam-

pagne sind KandidatInnen notwendig, die gegen Kündigungen kämpfen – wie die KollegInnen bei Whirlpool oder Tati, die gegen den Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, gegen die Zerstörung der Umwelt und für Lohn- und Pensionserhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und mehr Jobs kämpfen. Was in den letzten Wochen der Kampagne gefehlt hat, war eine besser strukturierte FI-Organisation, die fähig gewesen wäre, sich als eine radikale und kämpferische Bewegung zu verankern. Eine neue Kraft kann mit Massenmobilisierungen und der Diskussion eines Anti-Kürzungs-Programms, mit Demonstrationen und Streiks gegen Macrons Agenda aufgebaut werden. Mit Mélenchons Ergebnis und der FI-Kampagne wurde ein großer Schritt in diese Richtung gemacht und die KapitalistInnen stehen jetzt einer echten Opposition gegenüber. Sie muss wachsen und sich aufbauen. Auf diese Art und Weise wird Gauche Revolutionnaire in der nächsten Periode weiterkämpfen!

Leila Messaoudi,
Gauche Révolutionnaire
(CWI Frankreich)

Das Potential für erfolgreiche Massenbewegungen ist groß.

didat Fillon von Sarkozys Les Republicains auslöscht. Die Stärke der Wut in der Gesellschaft drückte sich in sieben Millionen Stimmen für Mélenchon und sein Programm eines Bruchs mit der Sparpolitik aus. Doch diese Stimmen waren nicht ausreichend um zu verhindern, dass Marine Le Pen und ihr modernisierter Front National (FN) in die zweite Runde einziehen konnten. Sie konnte deshalb in der zweiten Runde gegen den klaren Kandidaten der herrschenden Klasse, Emmanuel Macron, antreten.

Viele mögen aufgeatmet haben, dass am 7. Mai nicht Marine Le Pen PräsidentIn wurde, sondern Macron. Macron war in Hollandes Regierung für neoliberale Politik ver-

hat bereits Widerstand im FN selbst erzeugt. Die Herausforderung besteht für den FN darin, von der Wut, die sich aufgestaut hat, zu profitieren, aber es ihren FührerInnen gleichzeitig auch zu ermöglichen, Karriere zu machen. Die Spannungen werden sich vervielfachen – besonders, ArbeiterInnen und Jugendliche, Forderungen aufstellen, die jenen des Front National widersprechen.

Die Stimmen für Mélenchon spiegeln das Potential für sozialistische Ideen wider – Präsident Macron wird Massenopposition auf der Straße gegenüberstehen. Nicht ausgefüllte oder ungültige Wahlzettel machten 12% aller Stimmen der zweiten Runde aus – ein historischer

Die kommenden Monate und Jahre werden sehr instabil sein. Macron hat eine Mission: Die Maßnahmen gegen öffentliche Dienstleistungen, die von Sarkozy und Hollande gesetzt wurden, fortsetzen, Kündigungen umsetzen und den Arbeitsmarkt flexibilisieren. Er will 120.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst streichen. Und er wird die antidemokratischen Mechanismen der 5. Republik nutzen, um Gesetze, die für die KapitalistInnen lebenswichtig sind, durchzusetzen – genauso wie Valls es in Hollandes Regierung getan hat. Er will mit Dekreten regieren, was bedeutet, das Parlament zu umgehen. Das erste ist bereits für Juni oder Juli geplant – es

UK: Begeisterung für linke Politik

Nach Veröffentlichung der Wahlprogramme von Labour und Tories hat Jeremy Corbyn mit Labour eine spannende Aufholjagd in den Umfragen hingelegt. Mit ein Grund für die Aufholjagd waren Mays Pläne, Sozialleistungen für Ältere zu kürzen, sowie das kostenlose Schulesen abzuschaffen. Corbyns Wahlmanifest enthält dagegen fortschrittliche Punkte wie Verstaatlichung sowie eine stärkere Besteuerung der Reichen. Es ist ein klarer Bruch mit dem von Blair geprägten rechten Kurs der letzten 20 Jahre. Es beginnt mit dem Satz „Es muss nicht so sein wie es ist.“ Er hat vor allem die Unterstützung und den Enthusiasmus der Jugend gewonnen.

Ob in der Regierung oder in der Opposition: Die Socialist Party (CWI in England und Wales) setzt sich dafür ein, jetzt eine Bewegung aufzubauen, die für die Forderungen Corbyns kämpft – und über sie hinausgeht. Denn das Manifest ist in vielen Punkten nicht konsequent genug. In Fragen der Verstaatlichung bleibt es etwa weit hinter dem Level der 1970er Jahre zurück. In Zeiten der Krise sind halbherzige linke

Regierungen jedoch zum Scheitern verurteilt, wie man in Griechenland sehen kann. Das Manifest will den Brexit im Sinne der ArbeiterInnenklasse abwickeln, verbunden mit einem Anti-Kürzungsprogramm. Um so einen effektiven Bruch mit dem Kürzungsdiktat durchzuziehen, braucht es Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und der Banken unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten. Das bedeutet einen Bruch mit der kapitalistischen Profitwirtschaft – die einzige Möglichkeit, aus dem Strudel aus Kürzungen und Armut zu entkommen. Eine weitere Tory-Regierung wird die Krise noch mehr verschärfen. Deswegen muss die Bewegung um Jeremy Corbyn auch aus der Opposition für so ein Programm kämpfen.

Unabhängig vom Ergebnis der Wahl am 8. Juni: die Bewegung um Corbyn hat das Potential, nicht nur in Britannien das Ruder zu wenden. Wenn sie erfolgreich ist, kann das eine Massenbewegung in den Peripherieländern auslösen, die die Ausgangsbasis für eine sozialistische Föderation dieser Staaten bilden könnten.

Laura Rafetseder



Chaostage in den USA

Monate nach seinem Amtsantritt reißen die Nachrichten über den nächsten Skandal des US-Präsidenten nicht ab. Ob er nun internationale Etikette bricht,

illegalen Geschäfte zu verschleiern, oder einfach ein paranoider Akt eines „Starcken Mannes“. Wie auch Erdogan sieht Trump die „Lügenpresse“ und alle, die sich

an der Spitze und setzen auf die durchaus möglich erscheinende Amtsenthebung Trumps als ultimatives Mittel. Doch Trumps Vizepräsident Pence wäre wohl kaum eine bessere Wahl für ArbeiterInnen, Arme, Frauen, MigrantInnen, und People of Color. Auch ist Vertrauen in den kapitalistischen Staatsapparat, in dem ein Trump erst Macht erlangen konnte, nicht angebracht.

Um Trump wirklich zu stürzen, braucht es eine gemeinsame Massenbewegung von ArbeiterInnen und allen, die vom Kapitalismus benachteiligt sind – und den Aufbau einer echten Alternative zum Zweiparteiensystem, eine sozialistische ArbeiterInnenpartei.

Jens Knoll

Trumps autoritäre Alleingänge spalten die herrschende Klasse der USA.

hochrangige Beamte feuert, unhöflich zu anderen Staatsoberhäuptern ist oder von seinem Stab Handy-Verbot bekommt: Trump ist immer Schlagzeilen wert. Die meisten bekam er wohl wegen der Entlassung des CIA-Direktors, der Trumps Russland-Kontakte untersuchte. Das kann ein Versuch gewesen sein, seine

kritisch äußern, als seine Feinde.

Die Wall Street setzt weiter darauf, dass er ihre Interessen gegen die ArbeiterInnenklasse durchsetzt – wie bei der Gesundheitsreform. Andere, vor allem die Demokraten, sorgen sich um die Stabilität der Weltmacht USA. Sie wollen jemanden berechenbareren

Flammen für MigrantInnen

Am 30. April bekam Hong Kong hohen Besuch in Person des indonesischen Präsidenten Joko Widodo. Dieser schüttelte zwei Tage lang die Hände der Reichen, Mächtigen und Schönen. Als Publicity – Aktion kann man seinen Besuch bei 5 000 migrantischen Arbeitern aus Indonesien sehen. Eine wahre Diskussion fand hier nicht statt. Der Besuch war begleitet von bewaffneter Polizei. Proteste wurden verboten. Es

gab sie trotzdem. Die migrantische Organisation KOBUMI, sowie „Socialist Action“ (CWI in Hong Kong) waren wesentlich beteiligt. Forderungen dieser Proteste waren: Fixe Anstellungen für migrantische ArbeiterInnen und Jobs mit angemessener Bezahlung, um die Armut zu bekämpfen. Schlussendlich wurde ein Feuer entfacht, als Symbol der Wut von indonesischen ArbeiterInnen.

<http://chinaworker.info>

Prozess oder Farce?

Große Aufregung existiert momentan in Irland. Ein Prozess findet statt, der mehr an einen schlechten Scherz erinnert. Einigen Mitgliedern der Socialist Party (CWI in Irland) wird „Freiheitsberaubung“ vorgeworfen. Tatsächlich haben einige Menschen in einem symbolischen Protestakt gegen die brutale Austeritätspolitik das Auto der Vizepremierministerin Joan Burton (Labour) blockiert. Diese

bezeichnet die DemonstrantInnen als „Wilde“ und behauptet, sie hätte um ihr Leben gefürchtet. Der Staat versucht indes, etwa durch die Auswahl der Geschworenen, sicherzustellen, dass die AktivistInnen schuldig gesprochen werden. Die Gesamtsituation entlarvt Labour somit als die Partei der Eliten und den Staat als das Instrument der Herrschenden.

<http://socialistparty.ie>

Nigeria

Dagga Tolar, Aktivist des „Democratic Socialist Movement“ (DSM – CWI in Nigeria), wurde als Vorsitzender der LehrerInnengewerkschaft (Nigeria Union of Teachers – NUT) im Süden von Lagos wiedergewählt. Der rechte Flügel der Gewerkschaft führte einen schmutzigen Wahlkampf, der unter anderem Drohungen beinhaltete. Tolar wird nun weiter gegen Bürokratie und für freie Bildung kämpfen.

www.socialistnigeria.org

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)



ArbeiterInnenbewegung und sexuelle Selbstbestimmung

Der Kampf für LGBTQ-Rechte ist ein Kampf der gesamten ArbeiterInnenklasse.

Am 17. Juni findet in Wien die Regenbogenparade statt. Gut so! Die Errungenschaften des Kampfes um LGBTQ-Rechte (Lesbian, Gay, Bixesual, Transgender, Queer) gehören gefeiert. Vor allem, weil der Kampf noch lange nicht vorbei ist: Zwar gibt es Erfolge zu feiern wie in den USA und Irland, aber auch verstärkte und massive Angriffe auf Rechte und Leben von LGBTQ-Personen wie in Tschetschenien.

Kapitalismus und LGBTQ-Rechte stehen grundsätzlich im Konflikt. Die klassische Hetero-Kernfamilie (Vater-Mutter-Kind) mit dem Mann als Haupt ist eine wirtschaftliche Einheit im Kapitalismus. Hier spiegelt sich auch die kapitalistische Unterdrückung wider. Der Mann bestimmt – beim Vater lernt man, dass man dem Chef gehorchen soll. Währenddessen verrichtet die Frau reproduktive Arbeit (z.B. Putzen, Kochen, Kinderbetreuung). Sie sorgt im Privaten und unbezahlt dafür, dass der Mann am nächsten Morgen für den Kapitalisten arbeiten kann, und dass das Kind, die nächste Generation von ArbeiterInnen, herangezogen wird. MarxistInnen wie Friedrich Engels, Wilhelm

Reich oder Alexandra Kollontai haben sich eingehend mit diesen Themen befasst. LGBTQ-Lebensarten stellen die Kernfamilie und ihre Grundannahmen (Herrschaft vom Mann, Reproduktionsarbeit im Privaten, Privateigentum etc) in Frage. SozialistInnen tun das auch!

Homophobie gibt es in allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Wer die Ideologie der Kernfamilie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (und nicht vielmehr als Ergebnis einer Klassengesellschaft) sieht und verteidigt, der wird sie gegen andere Formen des Zusammenlebens „verteidigen“. Für die ArbeiterInnenklasse war und ist dieses bürgerliche Familienideal jedoch größtenteils nicht voll umsetzbar – es waren immer Menschen aus der ArbeiterInnenklasse, die als sexuelle „Abweichler“ Stoff konservativer Schauergeschichten waren. Im Gegensatz zum Bürgertum hat die ArbeiterInnenklasse ein Interesse daran, Freiheit für alle Formen des Zusammenlebens zu erkämpfen.

Homophobie wird auch gezielt als Spaltungsmechanismus verwendet. So schreiten zum Beispiel in Russland die Angrif-

fe von obengegen alle, die der Heteronorm nicht entsprechen, voran. LGBTQ-Personen werden oft am Arbeitsplatz gemobbt, auf der Straße gejagt und vom Gesetz weiter unterdrückt. So soll von den Folgen der Wirtschaftskrise in Russland abgelenkt werden: Die Einheit des Volkes und der Familie wird beschworen. Schuld an sozialen Missständen sei nicht das herrschende System, sondern diejenigen, die es in Frage stellen. Auch in Österreich gibt es z.B. die FPÖ, die gegen die vermeintliche „Homolobby“ hetzt, die ÖVP, die für die Vater-Mutter-Kind-Familie plädiert, und regelmäßige Übergriffe von Rechten auf LGBTQ-Personen. Gleichzeitig wird für die nationale Einheit plädiert, um den „Wirtschaftsstandort“ profitabel für die Reichen zu halten.

Der Kampf gegen sexuelle Unterdrückung und der Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung sind untrennbar miteinander verbunden. Ein Beispiel dafür ist die Russische Revolution. Im zaristischen Russland war Homosexualität illegal. Doch der Sieg der Revolution und die Umwälzung der alten Ge-

sellschaftsnormen brachten unterdrückten Gruppen Rechte und Möglichkeiten, die es bis heute in modernen Staaten nicht gibt. Von 1917 bis 1926 waren alle, unabhängig von Sexualität oder Gender, gesetzlich gleichgestellt. Geschlechtsangleichende Operationen wurden staatlich finanziert. 1926 war es möglich, ohne irgendwelche Voraussetzungen in offiziellen Dokumenten sein angegebenes Geschlecht zu ändern. Georgij Tschitscherin, 1918–1930 Kommissar für Außenangelegenheiten, war offen homosexuell.

Die Praxis zeigt, dass der Kampf um LGBTQ-Rechte ein Kampf der ArbeiterInnenklasse ist. Beispiel Irland: im Mai 2015 fand in Irland das Referendum zur Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Ehen statt. Mit 62,1% und einer Wahlbeteiligung von 60,5% wurde für JA gestimmt – trotz der Kampagne von Kirche, Medien und Regierung dagegen. Die höchsten Ergebnisse für „Ja“ gab es in den ärmsten ArbeiterInnenbezirken (Dublin City 88%, Jobstown 87%)! Das ist darauf zurückzuführen, dass zeitgleich die Regierung eine Wassersteuer durchpeitschen wollte. Dagegen organi-

sierte u.a. unsere Schwesterorganisation (Socialist Party) breiten Widerstand. Heterosexuelle, die durch die Bewegung gegen die Wassersteuer politisiert und mobilisiert wurden, erklärten sich solidarisch mit dem Kampf der LGBTQ-Personen für mehr Gleichberechtigung – auch, weil sie alle gemeinsam gegen die Wassersteuer kämpften. Sobald die ArbeiterInnenklasse anfängt, an einem Balken des kapitalistischen Unterdrückungsgerüsts zu rütteln, geraten auch die anderen schnell ins Schwanken!

Durch vereinten Klassenkampf kann Druck auf die Herrschenden aufgebaut werden, um Rechte (z.B. Adoptionsrecht) zu erzwingen. Doch diese Errungenschaften geraten unter Beschuss, sobald die wirtschaftliche Lage Konformität verlangt. Um mit den Ursachen der Unterdrückung aufzuräumen, muss mit dem kapitalistischen System gebrochen werden. An seiner Stelle braucht es ein sozialistisches System, wo die Bedürfnisse von allen, und nicht die Profite von wenigen, im Mittelpunkt stehen – unabhängig von Gender, Sexualität, Nationalität oder Hautfarbe.

Nikita Tarasov

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Tierleid, ungesundes Essen, miese Jobs: Die Lebensmittelindustrie hat viele unschöne Gesichter. Ein besonders herausragendes Problem ist die massive Überproduktion. Fast die Hälfte aller Lebensmittel in Deutsch-

Mit diesen Fragen beschäftigt sich Christian Walter in diesem Buch. Er ist Containerer und SAV-Mitglied. Die SAV ist die deutsche Schwesterorganisation der SLP. Christian Walter engagiert sich für nachhaltiges Wirt-

auch in Österreich werden immer wieder AktivistInnen kriminalisiert. Was findet man in den Tonnen? Worauf sollte man achten, wenn man mit dem Containern anfangen möchte? Warum wird das Containern kriminalisiert?

Doch es geht nicht nur um eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen, sondern auch um die Frage wie die Verhältnisse grundlegend und dauerhaft geändert werden können. Dieses Buch behandelt diese und viele weitere Fragen und gibt Ideen für eine bessere Welt.

Christian Walter:

„Volle Bäuche statt volle Tonnen“ – Containern gegen Lebensmittelvernichtung.

Manifest Verlag, Berlin 2017
ISBN: 978-3-96156010-3

„Volle Bäuche statt volle Tonnen!“

Hintergründe zum Thema
Dumpstern / Containern.

land werden weggeworfen. In Österreich werden Supermärkte jährlich mindestens 166.000 Tonnen genießbares Essen weg. In Wien wird so viel Brot weggeworfen, dass man Graz davon ernähren könnte. Warum passiert das? Und wer ist dafür verantwortlich?

schaften und hat mit anderen die Initiative „Containern ist kein Verbrechen!“ gegründet.

Containern (auch: Dumpstern) heißt, dass Menschen sich genießbare Lebensmittel aus den Mülltonnen der Supermärkte holen. Das ist in Deutschland verboten,

Warum ich bei der SLP bin

Kurz zu meiner Person: Mein Name ist Nadine Zalto, ich bin seit einigen Wochen Mitglied der Sozialistischen Links Partei (SLP) und bin als Pflegekraft tätig. Wie kam es dazu, dass ich politisch aktiv wurde? Nun: am 1. Mai 2015 kam ich zum ersten Mal in Kontakt mit der SLP. Das war bei der Kundgebung am Urfahrermarkt in Linz gegen die FPÖ und ihre rechte Hetze. Da-

nach nahm ich an Ortsgruppentreffen und Aktionen teil. Ich war sehr interessiert, denn meine Grundeinstellung wehte mich schon immer mehr ans linke Ufer. Wie oben erwähnt, bin ich selbst eine Pflegekraft.

Genau in jetzigen Zeiten ist es wichtig, dass man sich am Geschehen aktiv beteiligt. Gerade im Gesundheitsbereich wird extrem eingespart. Man

sollte sich gegen Einsparungen und Kürzungen wehren. Nicht nur im Gesundheitsbereich!

Auch bei Jobs, bei Wohnungen, der Mindestsicherungsverkürzung und Rassismus und vielem mehr! Man sollte sich organisieren, ob jung oder alt: setz auch du ein Zeichen!

Politik geht uns alle etwas an.

Nadine Zalto

Die Einen haben Inhalt, die Anderen Geld



Wahlkampf der bürgerlichen Parteien heißt vor allem eines: Materialschlacht. Sie hoffen, fehlende Inhalte mit Großflächen-Plakaten und immer neuem Gratis-Zeug auszugleichen. Darauf lassen wir uns nicht ein – aber es wäre falsch, den Wahlkampf als Zeit hoher politischer Aufmerksamkeit einfach vorbeiziehen lassen. Zu Redaktionsschluss wissen wir noch nicht, ob und in welcher Form

(Bündnis oder alleine) die SLP antreten wird. Aber wir wissen, dass wir in der Wahlkampfzeit besonders aktiv sein werden. Wenn du Plakate mit linken Inhalten sehen willst, wenn du helfen willst, die RechtspopulistInnen zu stören uvm. – dann mach mit und unterstütz uns mit Spenden:

IBAN:

AT 25600000000 8812733

BIC:

OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Habert Café'*
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im *'Cuntra la Cultra'*
Griegplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung *'Libreria Utopia'*
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



FPÖ Brigittenau

22. April - *

Die SLP (Sozialistische Linkspartei) sieht ihre einzige "Aufgabe" in FPÖ-Bashing.

Was sie in ihren neuesten Ausführungen auf ihrer FB Seite von sich gibt, soll zumindest kurz kommentiert sein, um die irre Welt dieser HerrschaftInnen zu illustrieren.

Die FPÖ Brigittenau ist nicht darüber erfreut, dass die SLP im Bezirk konsequent gegen ihre rechten Umtriebe vorgeht – und wirft uns auf Facebook „FPÖ-Bashing“ vor. Tatsächlich sind wir in vielen Bereichen aktiv: etwa, wenn wir für höhere Löhne, leistbares Wohnen und gleiche Rechte für alle kämpfen – nur steht bei all diesen Dingen die FPÖ nun mal auf der anderen Seite, weswegen wir sie weiter konfrontieren werden.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Blaues Fest der FPÖ? Ein lautes Nein!

Mehr auf Seite 5

Keinen Schritt zurück!

Gestern, Heute, Morgen: Für gleiche Rechte – gegen Sexismus und Homophobie!

Seit Jahren müssen wir jedes einzelne noch so kleine Recht, jede kleine Verbesserung hart erkämpfen. Wir tun das, weil Frauen immer noch weniger als Männer für dieselbe Arbeit bezahlt bekommen. Weil Mädchen von (Ex-)Spitzenpolitikern wie Mitterlehner erzählt wird, sie hätten in der Politik nichts zu suchen und sollen am Girls Day lieber in ein Museum rein schnuppern. Doch nicht nur wenn es um grundlegende Frau-

enrechte geht, wie das Recht, selbst über den eigenen Körper zu bestimmen, leben die politischen Eliten noch im Mittelalter. Auch bei der Frage, ob die Ehe für alle Geschlechter geöffnet werden soll, stellen sie sich dagegen. Die Regenbogenparade in Wien steht jährlich unter dem Angriff einer Gruppe von Rechtsextremen und FundamentalistInnen. Es ist an uns und auch an dir, nicht zuzulassen, dass eine Horde von homopho-

ben "Lebensschützern" ungehindert "herumspaziert" und dabei Menschen verprügelt, weil sie eine andere Sexualität haben. Auf dem „Walk for IDAHOT“ am 20. Mai in Salzburg waren Stimmung und Aussage klar: wir lassen uns nicht zurückdrängen! Wir kämpfen seit Jahren, wir lassen uns nicht nehmen, was wir schon erkämpft haben und wir hören erst auf, wenn wir wirklich gleichgestellt sind!

Sarah Krenn**Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!**

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.